BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode

Beschlussprotokoll

43. Sitzung 06.11.18 Nr. 19/556 S – 19/570 S

Nr. 19/556 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 26. April 2018 (Drucksache 19/769 S)

2. Digital geht auch sozial – Freies WLAN für den Stadtteil Gröpelingen

Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 21. August 2018 (Drucksache 19/832 S)

3. Erbpacht statt Veräußerung nutzen, um Immobilienerstellungskosten nachhaltig zu reduzieren – Ein neuer Weg zum bezahlbaren Wohnraum?

Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 7. September 2018 (Drucksache <u>19/837 S</u>)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 6. November 2018 (Drucksache <u>19/867 S</u>)

 Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2018 (Drucksache $\underline{19/839~S}$)

 Nutzt Bremen die Chancen der autonomen und digital vernetzten Mobilität?

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 2. Oktober 2018 (Drucksache 19/852 S)

Nr. 19/557 S

Fragestunde

 Schwimmunterricht in der Grundschule von der 3. auf die 2. Klasse vorziehen?

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. September 2018

2. Sozial differenziertere Eintrittspreise an den Bremer Bädern zur Erhöhung der Schwimmkompetenz bei Kindern und Jugendlichen

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. September 2018

 Flächensuche für den Neubau einer Sporthalle für die Oberschule im Park

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 25. September 2018

4. Polizeieinsatz Frauendemo 7. Juli 2018

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 26. September 2018

5. Haltestelle Bardenflethstraße – ein Relikt aus alten Zeiten?

Anfrage der Abgeordneten Björn Fecker, Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2018

6. Aktueller Planungsstand zur Bildungsakademie

Anfrage der Abgeordneten Nima Pirooznia, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. September 2018

7. Umsetzung des Medizinischen Zentrums für Erwachsene mit mehrfacher oder geistiger Behinderung

Anfrage der Abgeordneten Stephanie Dehne, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 27. September 2018

8. Stand Einrichtung der Elite-Schule des Sports

Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 27. September 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Zustand der Sporthalle In der Vahr

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 27. September 2018

10. Zwischenbilanz des Projektes "Herbsthelfer"

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. Oktober 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/558 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

Nr. 19/559 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 5. November 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

- 1. Entwicklungssatzung 1204 über die Festlegung eines bebauten Bereiches im Außenbereich als im Zusammenhang bebauter Ortsteil "Entwicklungssatzung 1204" nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauGB für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen
 - An der kleinen Geest
 - Vor den Ahnewelgen

- Landschaftsschutzgebiet
- Siedlungsrand der Bebauung an der Grambker Heerstraße

Mitteilung des Senats vom 23. Oktober 2018 (Neufassung der Drucksache <u>19/783 S</u> vom 22. Mai 2018) (Drucksache <u>19/855 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Entwicklungssatzung 1204.

2. 9. Ortsgesetz zur Erhaltung baulicher Anlagen und der städtebaulichen Eigenart für ein Gebiet zwischen Schwachhauser Heerstraße, Eisenbahnlinie Bremen-Osnabrück, Colmarer Straße und Kurfürstenallee

Mitteilung des Senats vom 11. September 2018 (Drucksache 19/840 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

 24. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 18. September 2018 (Drucksache 19/844 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

 Licht in dunkle Gassen bringen – Mehr Sicherheit durch mehr Sichtbarkeit

Antrag der Fraktion der FDP vom 29. Oktober 2018 (Drucksache <u>19/860 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1. öffentliche Orte in der Stadt, die in der Dunkelheit nicht oder nur unzureichend ausgeleuchtet sind, unter Einbeziehung der Stadtteilbeiräte zu identifizieren und zu benennen;
- an diesen Örtlichkeiten gemeinsam mit den Akteuren vor Ort Beleuchtungskonzepte für eine ausreichende Ausleuchtung in der Dunkelheit zu entwickeln;
- 3. der städtischen Deputation für Inneres sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sechs Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

Nr. 19/560 S

Spezielle Bedürfnisse erkrankter Obdachloser und Wohnungsloser in bestehenden Einrichtungen durch eine "Krankenstube" besser berücksichtigen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 27. September 2018 (Drucksache $\underline{19/850~S}$)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. konzeptionell sicherzustellen, dass in bestehenden Einrichtungen eine auf die speziellen Bedürfnisse von vorübergehend erkrankten beziehungsweise sich in der Genesungsphase befindenden Obdachlosen oder Wohnungslose ausgerichtete erweiterte Versorgung möglich ist; um gegebenenfalls bestehende Zugangsschwellen für Obdachlose oder wohnungslose Menschen zu senken, wäre hierbei auch zu überprüfen, ob für solche Fälle bestehende Einrichtungsrestriktionen in Bezug auf Tierhaltung gelockert werden können;

2. über den Umsetzungsstand binnen drei Monaten nach Beschlussfassung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration und der städtischen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz zu berichten.

Nr. 19/561 S

Modellprojekt "Krankenstube" mit krankenpflegerischer Betreuung für schwer erkrankte obdach- und wohnungslose Menschen an einem festen Standort prüfen

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2018 (Drucksache <u>19/863 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/562 S

Badespaß für alle – Teilhabe durch faire Eintrittspreise!

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. September 2018 (Drucksache <u>19/843 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/563 S

Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt stärken – gebührenfreies Parken für die ersten zwei Stunden

Antrag der Fraktion der FDP vom 25. Oktober 2018 (Drucksache 19/859 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/564 S

Die Innenstadt durch eine vernetzte Mobilitätsplattform wettbewerbsfähiger machen

Antrag der Fraktion der CDU vom 5. November 2018 (Drucksache <u>19/865 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/565 S

Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen

Antrag der Fraktion der FDP vom 13. Juni 2018 (Neufassung der Drucksache <u>19/780 S</u> vom 17. Mai 2018) (Drucksache <u>19/801 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/566 S

Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit (sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2018 (Drucksache <u>19/781 S</u>)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 19. Juni 2018

(Drucksache 19/805 S)

und

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 6. November 2018

(Drucksache <u>19/870 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag (Drucksache 19/805 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag (Drucksache 19/870 S) ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" ein Konzept zu erstellen, wie

- a) die bisherige Förderungspraxis der Frauenhäuser in der Stadt Bremen auf eine institutionelle Teilförderung umgestellt werden kann, mit welcher für die nach dem SGB oder dem AsylbLG anspruchsberechtigten Frauen, welche ihren letzten Aufenthaltsort in Bremen haben, die bisherige einzelfallbezogene Tagessatzabrechnung ersetzt wird.
- b) die bisherige Förderpraxis der Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit (sexualisierten) Gewalterfahrungen in freier Trägerschaft auf eine institutionelle Förderung umgestellt werden kann.

Das Konzept ist der Stadtbürgerschaft drei Monate nach Beschlussfassung vorzulegen.

Nr. 19/567 S

Mit dem Rad zur Arbeit fahren

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 5. Juni 2018 (Drucksache 19/790 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

- 1. eine Überprüfung der Radwegebeziehungen der großen Industrieunternehmen und Gewerbegebiete zu den Wohnorten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Bremen sowie den Quellgebieten der Pendlerinnen und Pendler im Rad/Pedelec/E-Bike-Radius unter anderem mit Hilfe der Bike Citizens App (WFB, bike it) vorzunehmen,
- auf dieser Basis die bisherigen Planungen in Bezug auf den Fahrradverkehr hinsichtlich der Sanierung und des Ausbaus der Radwegenetze zu priorisieren und insbesondere bei der Planung der Rad-Premiumrouten auch die Anbindung von Werkstoren einzubeziehen und
- der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bis zum Jahresende 2018 über die Ergebnisse und erforderlichen Neujustierungen zu berichten.

Nr. 19/568 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 31

vom 14. September 2018 (Drucksache <u>19/846 S</u>)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen – mit Ausnahme der Petitionen S 19/324 und S 19/335 – wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/569 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 32

vom 26. Oktober 2018 (Drucksache 19/861 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/570 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Entwicklung des Theaters Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2018 (Drucksache 19/786 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 7. August 2018 (Drucksache <u>19/824 S</u>)

2. Das Theater stärken - das Publikum einbeziehen

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2018 (Drucksache <u>19/862 S</u>)

3. Zusätzliche Hortgruppen zum Schuljahr 2019/2020 einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 13. August 2018 (Drucksache <u>19/825 S</u>) 4. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Mitteilung des Senats vom 14. August 2018 (Drucksache 19/827 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 6. November 2018 (Neufassung der Drucksache 19/848 S vom 24. September 2018) (Drucksache 19/871 S)

5. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte vom 21. September 2018 (Drucksache 19/847 S)

6. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 14. August 2017 (Neufassung der Drucksache 19/549 S vom 8. August 2017) (Drucksache 19/559 S)

7. Gewerbeflächenentwicklung durch ÖPP-Modell beschleunigen

Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 14. September 2018 (Drucksache $\underline{19/841~S}$)

8. Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Antrag der Fraktion der CDU vom 15. Mai 2018 (Drucksache 19/778 S)

9. Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Bericht der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 28. September 2018 (Drucksache 19/851 S)

10. Wiedereröffnung des Brilltunnels ohne Denkverbote prüfen

Antrag der Fraktion der FDP vom 9. Oktober 2018 (Drucksache <u>19/853 S</u>)